

Ausstieg aus der demografischen Falle – die neue Sicht der Leistungsgeneration

In den vergangenen zwei Jahren hat die Debatte über den demografischen Wandel, den Doppeltrend aus Bevölkerungsrückgang und Alterung, die Deutschen mit großer Verspätung und mit großer Wucht erfasst. Jahrelang wurde vor allem von Renten- und Versicherungsexperten über die Folgen der Alterung debattiert, inzwischen wächst das Bewusstsein, dass sich weit mehr ändern wird, wenn in zwanzig Jahren die Hälfte der Bevölkerung älter als fünfzig ist. Wir werden anders leben, lieben, arbeiten, wohnen, Autofahren und essen, wenn Deutschland in die Jahre kommt – und machen uns zur Zeit trotz aller öffentlichen Debatten über das Ausmaß der Veränderungen noch immer etwas vor. Häufig wird beispielsweise übersehen, dass die aktuellen ökonomischen Probleme Deutschlands mit dem demografischen Wandel nichts zu tun haben. Aus Demografen-Perspektive leben wir momentan noch in goldenen Zeiten: die geburtenstarken Jahrgänge haben oder suchen Jobs. Die schwierigen Jahre stehen noch bevor.

Immerhin haben sich innerhalb kurzer Zeit die Akzente der öffentlichen Debatte weit verschoben – noch vor zwei, drei Jahren konnte beispielsweise kaum ein Politiker eine staatliche „Bevölkerungspolitik“ fordern, ohne dass ihm Anleihen bei NS-Gedankengut unterstellt wurden. Heutzutage regt sich kaum Widerspruch, wenn etwa Familienministerin Renate Schmidt eine solche Bevölkerungspolitik fordert. Noch vor sechs Jahren wurde in den Berliner Regierungsparteien allen Ernstes über eine „Rente ab 60“ diskutiert – heute besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass es nicht gut gehen kann, dass die Bevölkerung immer älter wird und die Belegschaften der Unternehmen immer jünger.

Die Politik sucht Antworten auf die absehbaren demografischen Probleme vor allem in drei Bereichen:

- in einer veränderten Familienpolitik
- in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik
- in einem anderen Umgang mit dem Alter und den Alten (Reform der Sozialsysteme, andere Lebensarbeitszeiten und so weiter)

Ich möchte in meinem Impulsreferat weder die Dramatik des demografischen Wandels beschreiben noch verschiedene Gegenstrategien bewerten (auch deswegen nicht, weil Sie vieles aus den Debatten der vergangenen zwei Jahre kennen werden), sondern einige Thesen vorstellen, die der aktuellen Demografie-Debatte entgegenlaufen oder sie um neue Einsichten ergänzen.

These 1: Der demografische Wandel wird den Konflikt zwischen Arm und Reich nicht ersetzen, sondern verschärfen

Zwei entgegengesetzte Szenarien dominieren die aktuelle öffentliche Diskussion: Einerseits die Schreckensvision von einer riesigen Lobby mächtiger, gieriger Rentner, die im gealterten Deutschland höhere Ausgaben für Renten und Gesundheit erzwingen. Für Bildung und Forschung bleiben wenig Mittel – solche Investitionen zahlen sich erst in der Zukunft aus, und die interessiert in diesem Szenario die Mehrheit der Alten nicht. Zu dieser pessimistischen Sicht neigen viele Politiker. Häufig heißt es, für Reformen des Sozialstaats gebe es nur noch ein „Zeitfenster“ von etwa zehn Jahren – anschließend werde die Macht der Alten so groß sein, dass sich Kürzungen kaum noch durchsetzen lassen.

Im zweiten Szenario haben die Jungen Macht. Sie sind zwar in der Minderheit, aber sie müssen das Geld für die Versorgung der Alten verdienen – und können es notfalls auch verweigern. Zu dieser Sicht neigen Experten wie der Demografieexperte Meinhard Miegel. Auch FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher zeichnet ein ähnliches Bild. „Wir werden uns in den Schutz der Jungen begeben“, schreibt er in seinem Bestseller „Das Methusalem-Komplott“. „Die Jungen sind weniger, aber sie sind stark: Es sind die Polizisten, die Bankbeamten, die Journalisten, die Ärzte, die Krankenschwestern, die sich gegen uns auflehnen werden, wenn wir wirklich beabsichtigen, mit Hilfe unserer Wählerstimmen uns als ausbeutende Klasse über sie zu erheben.“ An anderer Stelle warnt er gar: „Die Jugend von morgen wird den Darwinismus entdecken.“

Dass beide Gedankenspiele so wenig zusammenpassen, legt schon nahe, dass es in den demografisch schwierigen Jahren ab 2015 weder eine Diktatur der Alten noch eine

Herrschaft der Jungen geben wird. Wahrscheinlicher ist, dass auch in Zukunft andere Trennlinien wichtig sein werden: Die sozialen Konflikte werden meines Erachtens eher innerhalb der Generationen als zwischen den Generationen verlaufen. Die steigende Zahl von Erben, die schwindende Bedeutung der gesetzlichen Alterssicherung und die steigende Lebenserwartung werden die Einkommenskluft zwischen verschiedenen Gruppen von Ruheständlern vergrößern. Auch die Konflikte zwischen Eltern und Kinderlosen sowie zwischen Einheimischen und Zuwanderern werden zunehmen. Der demografische Wandel wird also die klassischen Trennlinien zwischen Arm und Reich verstärken; Verteilungsfragen werden wichtiger, wenn Bevölkerungszahlen sinken. Die sozialen Unterschiede nehmen zu und überlagern vermutlich sogar die Unterschiede zwischen Alten und Jungen. Es wird Achtzigjährige geben, die dank ihrer Kleidung und Ernährung, vielleicht auch aufgrund von Schönheitsoperationen und jüngeren Ehepartnern wie Sechzigjährige wirken – und Mittfünfziger, die zwanzig Jahre älter scheinen.

Dass dennoch so häufig der Konflikt zwischen Alt und Jung als wahrscheinlichstes Zukunftsszenario beschrieben wird, hängt damit zusammen, wie wir über das Alter und die Alten sprechen. Ich glaube, dass wir momentan zu Unrecht die Jugend als Lebensphase von Individualität wahrnehmen und die Alten im Gegensatz dazu als homogene Gruppe von Rentnern verstehen. In Wahrheit ist es genau umgekehrt: Jugendliche sind sehr anfällig für Konformitätsdruck. Sie wollen einander ähneln, die gleichen Hosen und Frisuren tragen und die gleiche Musik hören wie Gleichaltrige. Alte Menschen hingegen sind viel unabhängiger von solchen Trends und viel unterschiedlicher. Der Berliner Altersforscher Paul Baltes verwendet in diesem Zusammenhang immer ein einleuchtendes Beispiel von einem Klassentreffen. Er sagt, bei einer Gruppe von 15-Jährigen könne man das Alter meistens ziemlich genau einschätzen. Bei einem Klassentreffen von 65-Jährigen sei das viel schwieriger: Einige sähen aus, als hätten sie ihren Vater mitgebracht, bei anderen denke man, da sei der Sohn dabei.

Herrschaft der Alten, Diktatur der Jungen - mir sind die gängigen Szenarien zu fatalistisch. Den Rentnern von morgen wird es schon deshalb schwer fallen, eine gemeinsame Lobby zu bilden, weil sie so zahlreich sind – große Gruppen organisieren sich besonders schwer, die Frauen oder auch die Autofahrer wissen das. Im Übrigen fehlt bei den Konfliktszenarien häufig die Einsicht, dass sich die künftigen Bevölkerungszahlen zwar recht genau prognostizieren lassen, aber dennoch sehr unterschiedliche Reaktionen hierauf möglich sind.

Die deutschen Babyboomer, die Vertreter der geburtenstarken Jahrgänge können versuchen, ihre rechnerische Stimmenmehrheit gegen Rentenkürzungen und für höhere Gesundheitsbudgets einzusetzen. Sie können sich aber auch um einen Interessenausgleich mit den Jungen von morgen bemühen und beizeiten für das Alter vorsorgen. Sie haben die Wahl.

These 2: Wir reden viel über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – das Thema von morgen ist die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Unsere Vorstellungen davon, wie alte Menschen ihre letzten Wochen verbringen sollten, stammen aus der Zeit von Großfamilien mit vielen Geschwistern und Enkeln, die am gleichen Ort leben. Noch werden mehr als 80 Prozent aller Pflegekräfte zu Hause betreut, in steigendem Umfang von professionellen Pflegekräften, aber oft auch von weiblichen Angehörigen zwischen 45 und 70.

Die nächste Generation von Pflegebedürftigen braucht andere Modelle. Immer mehr erwachsene Kinder leben nicht am gleichen Ort wie ihre Eltern, nicht nur die Söhne, sondern auch die Töchter und die Schwiegertöchter haben fast immer Jobs. Oft haben sie Arbeitgeber, die Flexibilität und Mobilität erwarten. Gerade auf die Frauen der geburtenstarken Jahrgänge kommen deshalb in einer alternden Gesellschaft schwierige Entscheidungen zu. Sie wissen, was von ihnen erwartet wird, wenn die Eltern Hilfe brauchen. Aber sie wissen nicht, wie sie diesen Erwartungen gerecht werden sollen. Und sie wissen sicher oft auch nicht, ob sie es wollen. Viele Menschen, die Angehörige pflegen, werden selber krank. Die Belastung ist enorm.

Wie können die Strukturen der Zukunft aussehen? Wir können einiges von den Vereinigten Staaten lernen. In Deutschland gibt es die Pflegeversicherung, aber das löst die Konflikte von Berufstätigen nicht. Eine Managerin mit 60-Stundenwoche braucht nicht 50 Euro mehr aus der Pflegeversicherung, sondern einen kooperativen Arbeitgeber – und beispielsweise die Möglichkeit, befristet unbezahlten Urlaub zu nehmen. Der Gesetzgeber könnte dafür sorgen, dass Pflegenden, die vorübergehend aus dem Job aussteigen, ihre Arbeitsplätze nicht verlieren.

Amerikanische Großunternehmen wie IBM, Hewlett-Packard oder Ford bieten heute schon solche Auszeiten sowie Beratung ihrer Mitarbeiter an.

In Deutschland ist es nicht leicht, Kindererziehung und Beruf zu verbinden. Wenn das Bewusstsein dafür nicht erst in den vergangenen Jahren gewachsen wäre, gäbe es mehr Unterstützung für Familien, und vermutlich hätten wir einen Teil der künftigen Demografieprobleme nicht. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig auf die nächste Zerreißprobe hinzuweisen: Die schwierige Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

These 3: Vorbild Amerika - ausgerechnet im Land des Jugendwahns ist es leichter, alt zu werden

In Amerika heißt es, Babyboomer seien Leute, die erst ihren Eltern auf die Nerven gingen und die demnächst eine Plage für ihre Kinder sind. Demnächst - das ist der Zeitraum, in dem die unmittelbar nach dem Krieg geborene Generation von Bill Clinton und seiner Frau Hillary, von Stephen Spielberg und von Meryl Streep allmählich in Rente geht. Nach den offiziellen Statistiken der amerikanischen Regierung wird es bis zum Jahr 2035 ungefähr 70 Millionen Menschen in den USA geben, die älter als 65 sind. Das sind etwa dreißig Prozent mehr als heute, ein wenig mehr als die Einwohnerzahl der alten Bundesrepublik. Man könnte leicht auf die Idee kommen, dass die Vereinigten Staaten kein guter Ort zum Altwerden sind. Es ist das Land von Jugendkultur und Jugendwahn; aus Amerika kommen Anti-Aging-Kuren, der Faltenkiller Botox und die Schönheitschirurgie. Doch die jüngeren Alten aus der Generation von Bill und Hillary haben ihren deutschen Altersgenossen zweierlei voraus. Erstens: Masse. Die Babyboomer sind die mit großem Abstand stärkste Generation der amerikanischen Geschichte. Weil es so viele Babyboomer gibt, haben sich die Demografen einen hübschen Begriff für ihre Jahrgänge ausgedacht: Sie sprechen vom *pig in a python*, dem Schwein in der Python. Würde man nämlich versuchen, die Bevölkerungsentwicklung in Amerika mit einer Kurve darstellen, müsste man bei den Nachkriegsjahrgängen einen dicken Buckel einzeichnen, der sich allmählich verschiebt. Wie bei einer Python, die eine üppige Mahlzeit hinter sich hat.

Diese Masse, verbunden mit dem relativ großen Wohlstand dieser Generation, hat sich längst stärker als in Deutschland auf die Welt der Werbung, der Medien und des Konsums

ausgewirkt. Die Produktmanager, die Modelagenturen, die Zeitungsmacher und die Drehbuchschreiber haben die finanzkräftigen Babyboomer schon etwas länger als attraktive Zielgruppe ausgemacht. So ist zwar einerseits der Jugendkult nach wie vor sehr ausgeprägt, aber gleichzeitig findet längst die Gegenbewegung statt: Auf den großen Litfasssäulen in New York plakatierte die Textilkette *Gap* Models mit grauen Haaren und Falten, bevor Vergleichbares in deutschen Anzeigen zu sehen war. Auflagenstarke Nachrichtenmagazine wie „US News & World Today“ veröffentlichen Titelgeschichten über die Tücken der Menopause. Und im Blockbuster „Was das Herz begehrt“, einem der großen Kinoerfolge des Jahres 2004, lässt ein von Jack Nicholson gespielter alternder Playboy seine attraktiven jungen Gespielinnen am Ende zugunsten einer etwa gleichaltrigen, von Diane Keaton gespielten Drehbuchautorin hinter sich. Die Babyboomer erobern sich ihr Terrain zurück.

Der zweite große Vorteil der amerikanischen Jahrgänge zwischen Mitte fünfzig und Mitte sechzig ist das Etikett „Babyboomer“. An diesen Begriff sind die geburtenstarken Jahrgänge gewöhnt. Er wurde schon verwendet, als die betroffene Altersgruppe Plateausohlen erprobte und in Woodstock feierte. Die gemeinsame Identität wurde durch die gesellschaftlichen Aufbrüche der Siebziger geprägt – selbst bei denen, die dagegen waren. Man schämt sich nicht dafür, „Babyboomer“ zu sein. Das macht es leichter, gemeinsame Interessen zu artikulieren.

In Deutschland ist die Lage komplizierter. Der Geburtenboom begann erst Mitte der fünfziger Jahre. Die „68er“ sind also nicht die geburtenstarken Jahrgänge, zudem steht das Etikett nicht nur für eine Altersgruppe, sondern auch für ein politisches Profil. Also hantieren die Werber unbeholfen mit Begriffen wie „Best Ager“, „Master Consumers“, „Whoopies“ (Well Off Old People) oder „Kukidents“, um die finanzkräftige Altersgruppe ab Mitte fünfzig anzusprechen. Begriffe wie „Alte“ oder „Senioren“ werden zu Recht für abschreckend gehalten. Aber Ersatz gibt es noch nicht. Wer nennt sich schon gerne „Kukident“? Es fehlt eine gemeinsame Identität. Auch daran liegt es, dass in Deutschland die Alten immer noch die anderen sind.

These 4: Nicht die Schrumpfung, sondern die Alterung sollte uns Sorgen machen – und unser Umgang damit

Diese These vermittelt sich am besten durch ein Gedankenexperiment: Stellen wir uns vor, eine Stadt wie Hamburg würde über Nacht die Hälfte ihrer Einwohner verlieren. Alle Häuser, Schulen, Autos, Bäume und Parkplätze blieben unverändert stehen, nur die Menschen wären plötzlich verschwunden. Was wäre die ökonomische Konsequenz? So zynisch es klingen mag: Das Pro-Kopf-Einkommen der Überlebenden würde deutlich steigen. Rein rechnerisch könnte jeder Hamburger plötzlich über die doppelte Zahl an Kühlschränken, Fernsehern und Wohnfläche verfügen. Jeder Einzelne hätte mehr Geld und Platz und würde auf dem Weg zur Arbeit weniger Zeit im Stau verbringen.

Natürlich kämen andere Effekte hinzu. Das Angebot an Waren, die Zahl der Arbeitgeber und der Konsumenten würde sich verschieben und damit die gesamte ökonomische Struktur. Insofern wären die endgültigen Auswirkungen pro Person schwer zu erfassen. Aber das Beispiel zeigt, dass eine Gesellschaft allein durch den Rückgang ihrer Bevölkerung nicht automatisch ärmer wird, im Gegenteil. Zunächst verfügen weniger Menschen über mehr Ressourcen, mitunter auch über mehr Zeit: Wenn Eltern nicht drei oder vier Kinder, sondern nur ein Einzelkind erziehen, können sie ihrem Nachwuchs mehr Aufmerksamkeit widmen und eine bessere Ausbildung finanzieren.

Es mag aus vielerlei Gründen wünschenswert sein, dass Kinder mit Gleichaltrigen, möglichst Geschwistern, aufwachsen. Aber hier geht es nicht um die Frage, wie sich Sozialverhalten am besten erlernen lässt, sondern nur um die ganz unmittelbaren ökonomischen Folgen einer stagnierenden oder rückläufigen Bevölkerung. Diese Folgen, das soll das Beispiel zeigen, sind vielschichtiger als die öffentliche Debatte über den demografischen Wandel vermuten lässt.

Dass der Wohlstand eines Landes durch seine sinkende Einwohnerzahl gefährdet werden kann, ist ohnehin eine vergleichsweise neue Sicht der Dinge. Die Geschichte lehrte meistens eher das Gegenteil. Ein besonders drastisches Beispiel sind die Pestepidemien des ausgehenden Mittelalters. Ganze Landstriche wurden damals entvölkert, Hunderttausende starben. Das führte dazu, dass sich Grundstücke und Ackerflächen auf weniger Köpfe verteilten, pro Person mehr Kapital gebildet wurde und der Lebensstandard in Europa stieg. Wirtschaftshistoriker haben die Pest im Nachhinein deshalb als eine der Voraussetzungen für die Entstehung des Frühkapitalismus bezeichnet. Ökonomen haben später ähnlich argumentiert: Schnell wachsende Bevölkerungen galten als Gefahr für den Wohlstand eines

Landes. Und tatsächlich sind junge, kinderreiche Gesellschaften bis heute meistens arm – Länder wie Bangladesh oder Indien sind Beispiele dafür.

Sicher ist jedenfalls, dass der Zusammenhang nicht einseitig ist: Die Menschen haben weniger Kinder, weil sie zu Wohlstand gekommen sind. Und weil sie weniger für die Unterstützung ihrer Familien ausgeben müssen, können sie wiederum mehr Kapital bilden. Das müssen sie allerdings auch tun, wenn sie im Alter nicht in Schwierigkeiten kommen wollen. Eigentlich müsste die Gesellschaft das Geld, das sie wegen der geringen Kinderzahl momentan spart, viel stärker in die Zukunftssicherung investieren.

Das gilt individuell, aber auch gesellschaftlich. Der dänische Soziologe Gösta Esping-Andersen hat diese Einsicht besonders treffend formuliert: Junge Gesellschaften, zum Beispiel die Bundesrepublik der Nachkriegszeit, müssen sich um alte Menschen kümmern – alternde Gesellschaften wie die unsere müssen sich besonders um die Jungen kümmern.

Woran liegt es, dass in diesem Bereich so wenig geschehen ist? Meines Erachtens liegt es daran, dass wir in Deutschland Sozialpolitik gerne missverstehen als Sozialversicherungspolitik – wir suchen die größten sozialen Missstände im Bereich der Krankenversicherung, der Rentenversicherung und so weiter. Die großen Reden über Gleichheit und Gerechtigkeit schwingen die Renten- und Krankenkassen-Experten. Besuche in Schulen oder Kindergärten sind in den Terminkalendern der klassischen Sozialpolitiker selten vorgemerkt; so geraten die schlimmsten Defizite schnell aus dem Blick. Der größte gesellschaftspolitische Skandal der vergangenen Jahre wurde von den Sozialpolitikern kaum diskutiert, der Pisa-Schock: In keinem anderen Industrieland sind schulische Leistungen so eng mit der Herkunft verknüpft wie in Deutschland. Lebenschancen sind von Bildungschancen kaum zu trennen. In einer alternden Gesellschaft kommt jedoch der Bildungs- und Familienpolitik eine zentrale Rolle zu. Diesen Politikbereichen eine Vorrangstellung zu verschaffen, ist vielleicht die wichtigste Aufgabe der geburtenstarken Jahrgänge, die vom demografischen Wandel im Alter besonders betroffen sein werden. Ob sie dereinst als „Leistungsgeneration“ gesehen werden – wie dieses Referat schon im Titel unterstellt – könne auch davon abhängen, ob sie diese Aufgaben bewältigen.